

Der Freisinn

FDP

Nr. 12
Dezember 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Nach dem Nein zur Sozialcharta

Keine Absage an die europäische Solidarität

Der Nationalrat hat in der Dezembersession die Ratifikation der Europäischen Sozialcharta abgelehnt. Damit hat er sich der Meinung des Ständerates angeschlossen. Dieser Beschluss steht nach Ansicht von Nationalrat Karl Weber nicht im Widerspruch zu unserer Solidarität mit Europa. Es gibt – wie der Schwyzer Freisinnige nachstehend erläutert – andere und bessere Wege, diese weiterhin unter Beweis zu stellen:

Der Ursprung der Charta geht zurück in die Mitte der fünfziger Jahre, an den Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa. In vielen Staaten bestand noch sozialpolitischer Nachholbedarf. Als die Sozialcharta anno 1961 durch die Mitglieder des Europarates beschlossen wurde, mag die minimale Angleichung der Gesetzgebungen noch ein achtenswertes Ziel gewesen sein. 1976 hat Bundesrat Pierre Graber das Vertragswerk unterzeichnet.

Dieser überstürzten Tat folgte wieder eine Phase des Zauderns, und man entschied sich für ein nachträgliches Vernehmlassungsverfahren. Bereits 1978 zeichnete sich der Widerstand gegen die Übernahme von verpflichtenden europäischen Sozialnormen ab. Und wieder zögerte der Bundesrat, bis er Mitte Jahr 1983 die Botschaft zur Sozialcharta den Räten – mit dem nun bekannten Ergebnis – zuleitete.

Tragweite und Rechtswirkung der Sozialcharta

Die Charta ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der für die ratifizierenden Staaten Verpflichtungen



schafft, sie ist also nicht nur eine Absichtserklärung oder ein gewerkschaftlicher Wunschkatalog. In bestimmten Bereichen hätten sich die Vertragsparteien zur dynamischen Fortentwicklung verpflichtet. Die Bestimmungen würden wohl einstweilen nicht zu direkt klagbaren Rechten führen. Bereits 1978 schon bestanden aber Absichten, klagbare Rechte anzustreben und gar einen europäischen Sozialgerichtshof zu errichten. Die Gefahr der fremden

Richter wäre dann nicht mehr weit entfernt.

Die Charta enthält 72 Sozialnormen, welche in 19 Artikeln zusammengefasst sind. 7 Artikel gelten als «Kernartikel», von denen mindestens 5 vollumfänglich zu ratifizieren wären. Es sind dies:

- Recht auf Arbeit
- Vereinigungsrecht
- Recht auf Kollektivverhandlungen
- Recht auf soziale Sicherheit
- Recht auf Fürsorge
- Recht auf Familienschutz
- Recht für Wanderarbeitnehmer und ihre Familien

Vor einer europäischen Oberbehörde (Sachverständigenrat) hätte der Bundesrat Rechenschaft abzulegen über alles, was er getan oder unterlassen hat. Ja man hätte sich zu rechtfertigen, wenn ein Volksentscheid zu anderen Schlüssen führt. Wenn auch keine Sanktionen ausgesprochen werden könnten, würde es doch zu moralischen Anklagen führen.

Denkweise und kritische «Kernpunkte»

Die Sozialcharta ist geprägt und ausgerichtet auf parlamentarische Demokratien und nicht auf einen Bundesstaat mit drei bis vier Trägerschafts- und Entscheidungsebenen. Die Einhaltung der Bestimmungen würde unweigerlich zu Aufträgen an die Gesetzgeber führen, denen sich der Souverän unter Umständen widersetzt. Beim Recht auf Kollektivverhandlungen geht es um die Ausnahme des Beamtenstreikverbots. Selbst Staatsrechtslehrer glaubten nicht an den Behelf einer auslegenden Erklärung, die einem Brief ohne Antwort gleichkäme. Beim Recht auf soziale Sicherheit wird im besonderen die Gleichbehandlung aller Staatsangehörigen postuliert. Hier hatte man grosse Bedenken wegen des Leistungsex-

Fortsetzung auf Seite 2

Start zur Legislaturperiode 1987 bis 1991

Fülle von Problemen

FDP-Nationalrat Ernst Mühleemann, Ermatingen TG, vermittelt eine Übersicht über die auf eidgenössischer Ebene anstehenden Fragen:

Nachdem sich der letzte Pulverdampf auf den politischen Kampffeldern des Wahlherbstes 1987 gelegt hatte, startete am 30. November das eidgenössische Parlament zur neuen Legislaturperiode.

Die Wahlen brachten keine äusserlich sichtbare Wende in den Machtverhältnissen der Bundesversammlung, denn die bürgerlichen Parteien (FDP, CVP, SVP und Liberale) behaupteten ihre bisherige Stärke mit 167 Sitzen, was 68 Prozent entspricht. Man sollte meinen, dass sich mit dieser komfortablen Mehrheit bequem regieren lässt, doch zeigt die massive personelle Erneuerung klar, wo zusätzliche politische Unruhe entstehen könnte. Auch die rotgrüne Allianz dürfte es nicht einfach haben, da die schwerwiegenden Stimmenverluste bei den Sozialdemokraten vor allem die Gewerkschafter traf und dadurch eine Gruppe vermittlungsbereiter Parlamentarier fast zum Verschwinden brachte.

Aufgaben mit Langzeitwirkung

Das frisch gewählte Parlament steht vor grundsätzlichen Aufgaben, die über den politischen Alltag hinausreichen und Langzeitwirkung bis ins nächste Jahrhundert haben werden. So soll bis zum Jahre 1992 der grösste wirtschaftliche Binnenmarkt der Welt im Rahmen eines vereinigten Europas entstehen und dadurch die Integrationsdynamik der EG auch im politischen Bereich entscheidend verstärken. Wir werden bis zu diesem Zeitpunkt alles unternehmen müssen, um in bilateralen Verhandlungen mit unseren Nachbarn den Sonderstatus «zugewandter Ort Europas» zu erkämpfen. Dieser schwierige Mittelweg zwischen politisch nicht verantwortbarem Vollbeitritt zur EG und kurzfristigem Rückzug ins eidgenössische Schneckenhaus ist nur über eine verstärkte Aussenpolitik von Bundesrat und Parlament zu erreichen.

Im Jahre 1992 soll über einen Tunnel unter dem Ärmelkanal das europäische Festland mit dem Inselstaat England verbunden werden. Dieses säkulare Ereignis muss uns daran erinnern, dass es nicht genügt, mit dem Konzept «Bahn 2000» und der Vollendung des Autobahnnetzes die inner-schweizerischen Verkehrsverhältnisse zu sanieren. Wenn wir nämlich die Umlagerung des Verkehrs von der Strasse zur Schiene echt vornehmen wollen, brauchen wir baldmöglichst eine leistungsfähigere Alpentransversale, denn mit europäischen Lastwagen von 4

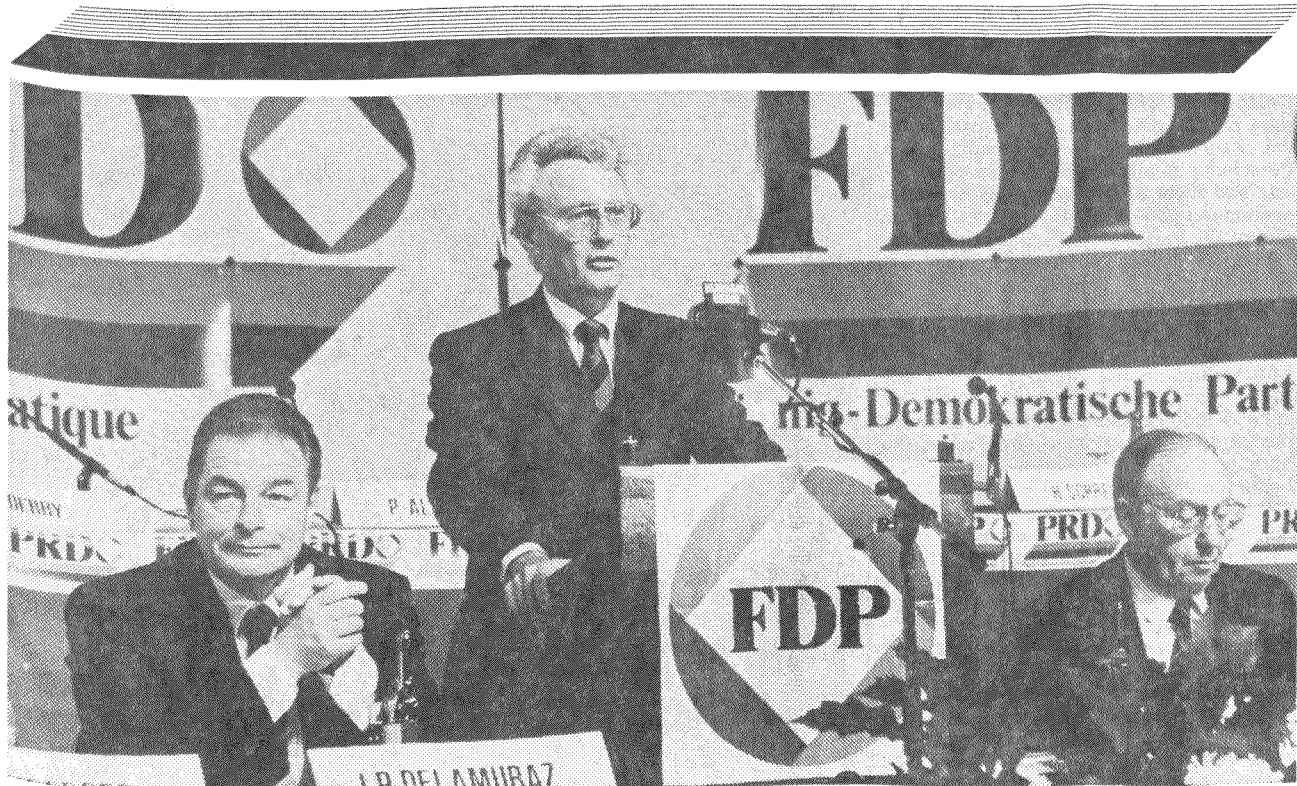


Metern Eckhöhe und einem Gotthardtunnel von 3,80 Metern Scheitelhöhe können wir keinen wirksamen Huckepackverkehr lancieren. Die Lösung dieses Problems bedarf einer rascheren politischen Handlungsweise in Bern und verlangt den Mut zur privaten Finanzierung und Durchführung.

Wandel im Telekommunikationsbereich

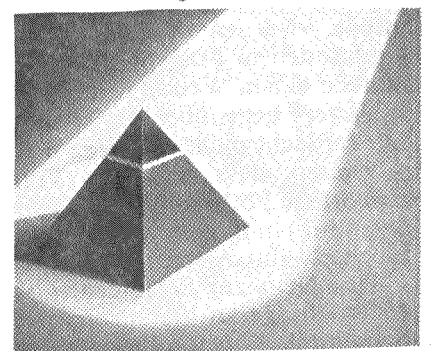
Im Jahre 1990 will die Bundesrepublik Deutschland das Bildtelefon einführen und damit über die zum Teil jetzt schon bestehenden Glasfasernetze die Telekommunikation entscheidend voranbringen. Wir sind jetzt daran, mit den PTT zusammen einen Trägerverein für sechs bis zehn Telekommunikations-Modellgemeinden in der Schweiz ins Leben zu rufen. Man hofft, über solche Testversuche in einem föderalistisch aufgebauten Land den technologischen Anschluss ans Ausland wieder zu finden. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, muss das Verständnis der eidgenössischen Politiker für die Chancen und Risiken

Fortsetzung auf Seite 4



FDP-Präsident Ständerat Bruno Hunziker, flankiert von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, der von der Vereinigten Bundesversammlung nicht nur mit einem überaus bemerkenswerten Ergebnis wiedergewählt, sondern auch zum Vizepräsidenten der Landesregierung für 1988 bestimmt wurde, und Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger. (Photo ruti)

SKA-Anlage-Service plus



Der SKA-Anlage-Service plus präsentiert sich mit immer neuen Spitzenleistungen.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Die Wirtschaft verweigert panische Reaktionen

Leben mit dem billigen Dollar

Seit dem grossen Börsenabsturz vom 19. Oktober hat der amerikanische Dollar auf den Devisenmärkten fast kontinuierlich an Wert verloren. Schon lange vorher war er aber schwach gewesen; seine tiefe Bewertung wurde durch die Turbulenzen an den Wertschriftenmärkten nur noch akzentuiert.

Auch die aussenwirtschaftlichen Wirkungen für Amerikas Handelspartner, darunter die Schweiz, sind nichts Neues. Gedrückte Verkaufswerte für den Dollarraum zeigen nämlich schon die letztjährige und die diesjährige Aussenhandelsstatistik ebenso an wie viele Umsatzausweise von Exportfirmen. Dennoch hat sich im ganzen die Ertragsfähigkeit der international orientierten Industrien in bemerkenswertem Mass behauptet.

Anpassungsstrategie als Unternehmerfunktion

Es spricht denn auch in der heutigen Lage für unternehmerische Verantwortlichkeit, wenn Panikreaktionen unterbleiben. Man verlässt sich lieber auf eigene Anpassungskraft als auf schablonenhafte Krisenauguren. Schliesslich hat sich die Wirtschaft seit langem mit Gegenläufigkeiten in den Wechselkursrelationen auseinandersetzen müssen, und sie ist mit marktorientierter Beweglichkeit weit besser gefahren als etwa mit handelspolitischen Protektionsgeleuten. Schon nach dem Rezessionseinbruch in der Mitte der 70er Jahre hatte sich die schweizerische Wirtschaft durch Flexibilität ausgezeichnet, und die ziemlich einsame Höherbewertung des Schweizerfrankens in der Periode 1978/79 verschaffte ihr zwar

durch die seinerzeitigen Devisenmarktinterventionen der Nationalbank Erleichterung, die sich aber ebenfalls auf den Märkten bewähren musste. Im übrigen sind sich heute, obwohl der Dollarkurs offenkundige Erschwerenisse verursacht, die meisten Konjunkturprognostiker darin einig, dass noch immer die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven, wenn auch in abgeschwächtem Mass, die Oberhand haben.

Gezielte Absatzinstrumente

Für die einzelnen Unternehmungen kommt es freilich auf die Instrumente an, die ihnen zur Erhaltung ihrer Marktpräsenz auch unter erschwerten Bedingungen zu Gebote stehen, vor allem in dollarabhängigen Absatzgebieten. Tatsächlich gilt es, geeignete Marketingmittel noch gezielter als bisher einzusetzen. Dazu gehören nicht nur konsequente Kurssicherungsoperationen am Devisenmarkt unter Nutzung eines leistungsfähigen Bankensystems, sondern auch ein rationelles internes Kosten- und externes Absatzmanagement. Flexibel sind überdies die Produktsortimente zu handhaben; es gibt eine eindrückliche Zahl von Firmen, die durch die Spezialisierung von Fabrikation, Montageleistungen und Serviceangeboten wechselkursbedingten Nachteilen immer wieder zu trotzen wissen.

Überprüft wird aber auch vielerorts die Organisation der Absatzkanäle, beispielsweise mittels der Ersetzung ausländischer Generalvertreter durch eigene Verkaufsfilialen oder des Erwerbs von Firmenbeteiligungen in schwierigen Märkten. Um einen Schritt weiter führt gegebenenfalls die Verlagerung von Fabrikationsstätten oder der Erwerb branchenmässig komplementärer Betriebe. Binnenwirtschaftliche Umstrukturierungen sind dabei häufig nicht zu vermeiden, doch vermögen sie durch die Erhaltung der Ertragsstärke der Unternehmungen zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität beizutragen.

Die FDP zu den Bundesratswahlen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat - wie sie in einem am 9. Dezember veröffentlichten Communiqué festhielt - mit grosser Genugtuung vom Ausgang der Gesamterneuerungswahlen und Ersatzwahlen in die Landesregierung Kenntnis genommen. Mit besonderer Freude erfüllen sie die Wahlergebnisse, welche ihre beiden Vertreter in der obersten Landesbehörde - Bundesrätin Elisabeth Kopp und Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz - erzielt haben. Sie ist befriedigt über die Tatsache, dass die beiden offiziell von ihren Fraktionen nominierten und von der freisinnigen Fraktion unterstützten neuen Mitglieder im Siebenerkollegium bereits im ersten bzw. im zweiten Wahlgang gewählt wurden. Die FDP ist aber auch befriedigt darüber, dass diese Erneuerungswahlen im Gegensatz zu früheren weitgehend ohne unerfreuliche Nebenerscheinungen im Vorfelde des Entscheides abgewickelt werden konnten.

Fortsetzung von Seite 1

ports aus der Sozialversicherung und der Überwachung der Berechtigten im Ausland (Invaliden- und Arbeitslosenversicherung).

Ebenso warf das Recht auf Fürsorge föderalistische Grundsatzzfragen auf. Die Zielsetzungen des Wohnsitzprinzips und des Rückforderungsverzichts für Fürsorgeleistungen in den Vertragsstaaten könnten leicht wieder fremdenfeindliche Strömungen fördern. Die heute grosszügigen Fürsorgebehörden müssen bei Anwachsen der Zuwandererströme sich wieder den Verhältnissen anpassen können. Dieses europäische Fürsorgerecht wäre ein Eingriff in den Kompetenzbereich der Kantone und Gemeinden. Der Bund würde sie zu etwas verpflichten, was sie bereits heute freiwillig tun.

Hauptgründe der berechtigten Ablehnung

Zu Recht wurde dargelegt, dass der schweizerische Stand der sozialen Sicherheit alle Chartanormen bereits überschritten habe. Unser Sozialstaat hat ein Niveau erreicht, um das uns alle beneiden. Mit Blick auf unseren Staatsaufbau würden föderalistische Traditionen in Frage gestellt, wir ständen einem Weisungsfluss von Strassburg gegenüber. Es ist auch der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass man vom Volk verworfene Forderungen (Ausländerpolitik) mit dem Vehikel Sozialcharta durchsetzen möchte.

Das Nein zur Sozialcharta ist keine Absage an die europäische Solidarität. Bundespräsident Pierre Aubert hat in seinem Schlusswort selber die Bestätigung unserer bisherigen Solidarität gegeben. Die Schweiz weist die höchste Zahl an Verträgen und Übereinkommen mit der Europäischen Gemeinschaft aus; nämlich 113!

Nur teilweise befriedigt

Die FDP zum Ausgang des Urnenganges vom 6. Dezember

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat am Abend des 6. Dezembers folgendes Communiqué publiziert. Die Partei ist nur teilweise befriedigt über den Ausgang des eidgenössischen Abstimmungswochenendes, da nur in einem Fall - «Bahn 2000» - sich Resultat und Abstimmungsempfehlung der Partei decken. Dies trifft nicht zu bei der Kranken- und Mutterschaftsversicherung (KMVG), wo allerdings zahlreiche freisinnige Kantonalparteien die Nein-Parole beschlossen, sowie bei der Rothenthurm-Initiative.

Mit der Annahme des Projektes «Bahn 2000» hat sich die Mehrheit der Urnengänger für ein zukunftsgerichtetes System des öffentlichen Verkehrs ausgesprochen. Die FDP wird bei der Realisierung dieses Vorhabens ein Augenmerk darauf legen, dass die im Vorfelde der Abstimmung abgegebenen Zusicherungen eingehalten werden. Dies betrifft neben der Finanzierungsfrage und der Respektierung des geplanten Finanzrahmens insbesondere den Ausbau des öffentlichen Verkehrs nicht

nur im Mittelland, sondern in allen Landesteilen sowie eine möglichst kultur- und landschaftsschützerische Anlage der Neubaustrecken.

Bei der Rothenthurm-Initiative hat die Mehrheit von Volk und Ständen den kultur- und landschaftsschützerischen Überlegungen mehr Gewicht als den Argumenten des EMD beigegeben und zum Ausdruck gebracht, dass die Armee in diesem Falle auf Wünschbares, aber nicht unbedingt Notwendiges verzichten muss, zumal der Waffenplatz Rothenthurm dennoch ausgebaut werden kann - wenn auch nicht im ursprünglich geplanten Ausmass. Das Resultat ist zugleich ein Fingerzeig an die Adresse des EMD, bei der zumeist mit Emotionen belasteten Frage des Neu- und Ausbaus von Waffenplätzen inskünftig noch vermehrter und noch frühzeitiger das Gespräch mit den betroffenen Regionen zu suchen. Für die FDP hat es auch nach diesem Abstimmungswochenende in unserem Land Platz sowohl für einen überzeugenden, notwendigen Natur- und Heimatschutz als auch für eine mo-

dern ausgerüstete und zeitgemäss ausgebildete Armee, der dafür die notwendigen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen sind.

Das Scheitern der KMVG-Vorlage war auf Grund der Stellungnahmen verschiedener Kantonalparteien der bürgerlichen Bundesratsparteien vor auszusehen gewesen. Die FDP bedauert, dass im Abstimmungskampf über dieses Geschäft, das auch für sie nicht das Ei des Kolumbus war, zu teilweise unsachlichen Argumenten gegriffen wurde. Die Partei erwartet auf Grund dieses Ergebnisses zweierlei: einerseits von seiten des Bundesrates eine wesentliche Beschleunigung der eingeleiteten Totalrevision des Krankenversicherungs-gesetzes, wobei das Schwergewicht auf die Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu legen ist. Andererseits ist der seit Jahrzehnten bestehende, in der Verfassung verankerte Anspruch auf die Errichtung einer Mutterschaftsversicherung zu erfüllen. Nachdem die Gegner der KMVG-Vorlage ihr Nein vor allem mit der vorgeschlagenen Mutterschaftsversicherung begründeten, ist es an ihnen, andere Lösungsansätze zu präsentieren.



Für Abschaffung der Fahrrad-Kennzeichen

Auf das obligatorische jährliche Fahrrad-Kennzeichen und somit auf die obligatorische Haftpflichtversicherung ist zu verzichten. Das Strassenverkehrsgesetz (SVG) ist deshalb bei der nächsten Revision in diesem Sinne anzupassen. Dies fordert die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) in ihrer Stellungnahme zu einer entsprechenden Vernehmlassung. Diese wurde auf Grund eines von Nationalrat Kurt Schüle (FDP, SH) eingereichten Postulates eingeleitet, der den Verzicht auf das jährliche Velonummernlösen anregte.

Bis zur SVG-Revision oder wenn der Bundesrat am obligatorischen jährlichen Fahrrad-Kennzeichen festhält, erwartet die FDP, dass die Kosten für die obligatorische Fahrrad-Haftpflichtversicherung vom Halter zu bezahlen sind, obwohl bereits viele Gemeinden die entsprechenden Gebühren übernehmen. Sollte der Bundesrat jedoch der Meinung sein, die Prämien seien durch das Gemeinwesen zu übernehmen, dann wäre diese Aufgabe nach Meinung der Partei nicht den Kantonen, sondern dem Bund zu überbinden. Aus Umweltschutzgründen drängt die FDP darauf, die heutigen Aluminium-Fahrradschilder durch Kleber zu ersetzen.

Persönlichkeitsschutz und ärztliches Berufsgeheimnis

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst die Bestrebungen, die rechtlichen Probleme der Wahrung des ärztlichen Berufsgeheimnisses und der Verbesserung des Persönlichkeits- und Datenschutzes für die Patienten einer Lösung zuzuführen. Nach ihrer Ansicht sollten Regelungen über die medizinische Forschung im allgemeinen Datenschutzgesetz und nicht über ein Spezialgesetz vorgenommen werden. In diesem Sinne nimmt die Partei im Vernehmlassungsverfahren zu einem Bundesgesetz über die Offenbarung des Berufsgeheimnisses für die medizinische Forschung Stellung.

Die FDP begründet ihre Haltung damit, dass die wissenschaftlich-technische Entwicklung in der Medizin und in der Spitalorganisation, namentlich auch der zunehmende Einsatz der Informatik in der medizinischen Forschung und Praxis, die herkömmlichen Sicherungen des Arztgeheimnisses erheblich geschwächt habe. Die systematische Bearbeitung von Patientendaten durch eine Vielzahl von Personen zu vielfältigen Zwecken, etwa in der epidemiologischen Forschung oder bei der Bekämpfung gefährlicher oder ansteckender Krankheiten oder in der Gentechnologie, verlangt heute nach Ansicht der FDP generelle Schutzmassnahmen gegen Pannen oder Missbräuche. Dabei müssten allerdings diese Schutzmassnahmen so massvoll und neutral angeordnet werden, dass die wissenschaftliche Forschung nicht ungerechtfertigten Kontrollen und Beschränkungen unterstellt wird.

Sollten sich die Arbeiten für das vorgesehene allgemeine Datenschutzgesetz ver-

zögern, so könnte sich die FDP mit dem Erlass eines Spezialgesetzes einverstanden erklären. In diesem Falle sollte das Gesetz jedoch so konzipiert werden, dass es unabhängig von und vor dem allgemeinen Datenschutzgesetz behandelt werden kann.

Der vorgesehenen Regelung, wonach Personendaten, die dem ärztlichen Berufsgeheimnis unterliegen, nur mit Zustimmung der Betroffenen bearbeitet werden

können, pflichtet die FDP bei. Sie befürwortet ebenfalls den Antrag, wonach diese Zustimmung durch die Bewilligung einer speziellen Aufsichtskommission in Fällen ersetzt werden kann, bei denen die Einholung der Zustimmung unverhältnismässig schwierig oder mit Rücksicht auf die Betroffenen nicht vertretbar ist. Entsprechende Bewilligungen müssten nach Meinung der Partei dann erteilt werden, wenn die Forschungsinteressen überwiegen.



Keine neuen Zigarren testet Ständerat Kaspar Villiger (fdp, LU): Der Besitzer der gleichnamigen, bekannten Stumpfenfabrik begutachtet in der Wandelhalle des Bundeshauses während zweier Ratsitzungen ihm unterbreitete Verpackungsvorschläge. (Photo ruti)

Verhaltensregeln sind unerlässlich

Abbruch des Rechtsstaates?

Wenn auch für die kommenden Generationen unsere Freiheitsräume erhalten werden sollen, ist unser Rechtsstaat auf Verhaltensregeln angewiesen. Diese werden jedoch in zunehmendem Masse attackiert. Mit dieser Entwicklung und ihren Folgen setzt sich Nationalrat Jean-Pierre Bonny (FDP, BE) auseinander:

Wenn man von allzu positiven und allzu negativen Klischeevorstellungen absieht, geniesst die Schweiz im Ausland in Kreisen, die sie kennen, etwa folgendes Image: ein Land mit einem eigenwilligen, mehrheitlich auf sich selbst zurückgezogenen Volk, ein Land aber auch mit wenig Arbeitslosigkeit und Streiks dank einer funktionierenden Wirtschaft und – bis vor kurzem jedenfalls – mit einer bemerkenswerten politischen Stabilität. Dabei wird oft vergessen – auch von uns Schweizern –, dass diese gesamthaft positive Bilanz nur möglich ist, weil wir in einem demokratischen Rechtsstaat leben. Ohne dieses so-

fenen systematisch versteckt. Die Provokation reicht heute schon bis zur Gründung eigentlicher «Versteck-Organisationen».

Bedenkliches lässt sich auch hinsichtlich des an sich unbestrittenen Demonstrationsrechts feststellen. Behördliche Anweisungen zum Schutze der Freiheiten und Rechte der – viel zahlreicheren – nichtdemonstrierenden Bevölkerung werden einfach missachtet.

Diese Einbrüche in unseren Rechtsstaat führen zu einem eigentlichen Teufelskreis. Verschiedene Behörden sind verunsichert. Es scheint, als müssten sie sich beinahe entschuldigen, wenn sie Recht vollziehen. Dieses Zögern wiederum animiert die andere Seite, in ihren «Abbruchübungen» zu eskalieren.

Fragwürdige Rolle von Kirchenvertretern

Eine bedauerliche Rolle spielen dabei auch verschiedene Vertreter kirchlicher Kreise. Die Kirche soll und braucht durchaus nicht im politischen Ghetto zu leben. Sie verfügt seit je zu Recht über ein Widerstandsrecht. Heute wird letzteres aber oft in unzulässiger Weise interpretiert. Die beispielsweise an der Universität Bern im Rahmen der Evangelisch-Reformierten Theologischen Fakultät durchgeführte Huldigung zugunsten eines «Versteckers» war schlicht eine Demonstration gegen den Rechtsstaat und hatte mit dem Widerstandsrecht, wie es z. B. die «Bekennende Kirche» gegenüber der Nazi-Herrschaft im Deutschland der dreissiger



Sehr ehrenvoll wurde Franco Masoni zum Präsidenten des Ständerates gewählt. Unser Bild (Photo ruti) zeigt den freisinnigen Tessiner auf dem Stuhl des Präsidenten der kleinen Kammer.

Jahre zur Anwendung brachte, wenig bis nichts zu tun.

Verhaltensregeln sind notwendig

Ich bin kein Verfechter eines blossen Law-and-Order-Prinzips. Die liberale Grundhaltung gebietet, dass unser Rechtsstaat Freiheiten und Menschenrechte schützt und auch für die kommenden Generationen Freiheitsräume schafft. Aber auch ein liberaler Rechtsstaat kommt nicht ohne Verhaltensregeln aus, die für alle Leute gelten. Wer bewusst dagegen verstösst, ist weder ein Märtyrer noch ein «Widerstandsrechtler», sondern ein Feind unseres Rechtsstaates, unserer Demokratie und Rechtsgleichheit. Es ist nicht nur das verfassungsmässige Recht, sondern auch die verfassungsmässige Pflicht der Behörden, dagegen einzuschreiten.

tionsextensivierung bis zur temporären Stilllegung von Anbauflächen.

Produktionsdisziplin und aussenwirtschaftlicher Wettbewerb

In die Richtung verstärkter Produktionsdisziplinierung, die sowohl markt- als auch umweltpolitische Wurzeln hat, zielen sodann die landwirtschaftlichen Selbsthilfefanstrengungen, die sich in letzter Zeit in den Bereichen der Milchwirtschaft, der Schlachtviehproduktion und des Getreidebaus sowie schon früher im Obstbau entwickelt haben. Sie werden in der Regel mit der Forderung verbunden, die Handelspolitik

habe dafür zu sorgen, dass eigene Marktansierungsanstrengungen nicht durch beliebig freizügige Importe unterlaufen würden. Mindestens dürften ausländische Erzeugnisse, deren Export dumpingartig subventioniert sei und die ohne vergleichbare umweltpolitische Rücksichten produziert würden, nicht zu einem schrankenlosen Wettbewerb mit Inlandware zugelassen werden. Ähnlich hat sich die FDP-Fraktion geäussert, die sich wohl des allgemeinen liberalen Credos der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik bewusst ist, aber festgehalten hat, es gelte im Agrarhandel manifeste künstliche Wettbewerbsverfälschungen abzuwehren.



lide Fundament wäre das kleine Wunder Schweiz völlig undenkbar.

Wählerarbeit zeigt Wirkung

Es gibt nun bei uns Leute, denen diese organisch gewachsene Staatsschöpfung nicht mehr passt, welche diese Schweiz nach ihrer «Fasson» umkrepeln möchten. Sofern sie dieses Ziel mit demokratischen, legalen Mitteln verfolgen, steht ihnen das frei. Aber gerade weil nicht wenige dieser Gesellschaftsveränderer erkannt haben, dass sie auf diesem Wege nicht vorwärts kommen, versuchen sie nun, unsere Staatsordnung an ihrer Basis, dem Rechtsstaat, zu attackieren.

Es darf ehrlicherweise nicht verschwiegen werden, dass in letzter Zeit diese Wählerarbeit teilweise Wirkung zeigt. Wir sind heute an einem Punkt angelangt, wo die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien in unserem Land ab und zu keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Bei der Asylpolitik z. B. rufen – obschon ein klarer Volkswille vorliegt – nicht nur vereinzelte Stimmen offen zum Ungehorsam gegen auf demokratisch erlassenen Gesetzen beruhende behördliche Entscheide auf. Rechtsgültig ergangene Ausweisungsverfügungen werden unterlaufen, indem man die Betrof-

Übereinstimmung mit Vorstellungen der FDP-Fraktion

Bewegung in der schweizerischen Landwirtschaftspolitik

Die schweizerische Landwirtschaftspolitik ist in Bewegung geraten, zumindest gedanklich. Nicht dass eine Revolution bevorstünde, aber man beobachtet in vermehrtem Mass Erneuerungsideen.

Zwar sucht der Schweizerische Bauernverband vorerst Einkommensrückstände, die er glaubhaft nachzuweisen vermag, durch herkömmliche, vor allem preispolitische Mittel aufzuholen, doch hat sich seine letzte Delegiertenversammlung mit einem neuen Tätigkeitsprogramm auch auf einen behutsamen Reformkurs begeben. Dabei fallen gewisse Übereinstimmungen mit anderen neuzeitlichen Vorstellungen auf, insbesondere mit denjenigen, die im letzten Frühjahr von der FDP-Fraktion der Bundesversammlung gutgeheissen wurden. Sie beruhen auf einem Konzeptpapier einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Nationalrat Richard Reich (ZH).

«Zwillingskonzept» für Direktzuschüsse und Preisgestaltung

In seiner Essenz enthält das FDP-Dokument eine Art Zwillingskonzept, dessen beiden Elementen die Zielsetzung einer Begünstigung umweltgerechten Produktionsverhaltens und angemessener Extensivierung von Bodenbewirtschaftung und Tierhaltung gemeinsam ist. Man denkt einerseits daran, für inländische Nahrungs-

mittel, die unter Beachtung ökologischer Auflagen erzeugt worden sind, Vorzugspreise zu gewähren, was durch Vereinbarungen zwischen der Produzenten- und der Handelsstufe, insbesondere den Grossverteilungsorganisationen, gesichert werden müsste. Andererseits wären umweltgerechte Produktionsmethoden durch gebundene direkte Einkommenszuschüsse zu honorieren.

Der Bauernverband verwirft gewiss generelle Direktzahlungen pauschaler Art und hält an der Auffassung fest, dass wenigstens die leistungsfähigen Einheiten des Talgebietes ausreichende Einkommen aus ihrer preisgestützten Produktionsleistung erzielen sollten. Auch habe umweltgerechte Wirtschaften den nicht weiter angelegungsbedürftigen Normalfall bäuerlicher Tätigkeit darzustellen.

Indessen verschliesst sich die Spitzenorganisation keineswegs der Idee gezielter Entschädigungen von «Leistungen und Funktionen», die der Landwirtschaft im übergeordneten Allgemeininteresse aufgetragen sind. Direktzahlungsberechtigt könnten so ökologische Sonderleistungen sein, aber auch marktstabilisierende Massnahmen zur Produk-

Eine Weihnachtsidee für politisch und geschichtlich Interessierte

Politik aus erster Hand vermittelt das Buch «60 Jahre eidgenössische Politik». Sein Autor ist der unlängst verstorbene alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi, der auch während Jahren Präsident der FDP der Schweiz war. Es ist eine zum grössten Teil aus eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der letzten sechs Jahrzehnte eidgenössischer Politik und – wie es auch im Untertitel lautet – «ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns». Das Werk richtet sich sowohl an den politisch wie aber auch geschichtlich interessierten Leser. – Dank einer Zusatzaufgabe konnte der ursprüngliche Preis von 38 Franken auf 28 Franken reduziert werden.



Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns von Dr. Eugen Dietschi alt Ständerat, Basel

Ich bestelle ... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preis von je Fr. 28.– (statt 38.–) inkl. Porto und Verpackung

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

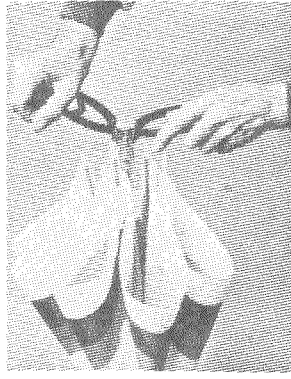
Datum, Unterschrift

Bitte einschicken an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern


Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke grüne Werke

FDP schützt vor Regen und Schnee

Die meisten Schirme haben einen Nachteil: sie schützen höchstens eine Person, die zweite wird nass. Das geschieht Ihnen aber nicht mit dem FDP-Doppelschirm; er schützt zwei. Denn der Schirmdurchmesser beträgt geöffnet 130 cm.
Der FDP-Regenschirm ist in zwei Ausführungen zu haben: in einer Normalversion oder als Sportschirm (siehe Abbildung). Letzterer ist nicht nur originell, sondern auch praktisch, denn er hat einen Klappsitzgriff.



Ja, ich will von einem FDP-Schirm vor dem Regen behütet werden. Senden Sie mir deshalb

_____Stück FDP-Doppelschirm à Fr. 48.-

_____Stück FDP-Sportschirm à Fr. 44.-

(plus Porto und Verpackung)

Name _____

Adresse _____

PLZ/Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Fortsetzung von Seite 1

ken moderner Technologie deutlich zunehmen.

Der Start des Parlamentes zur Legislaturperiode 1987 bis 1991 fällt in eine Zeit, wo jäh und wiederholte Börsenstürze Ungewissheit ankündigen. Niemand weiss, ob nicht innert Jahresfrist wirtschaftliche Krisen einsetzen und politische Unruhen auslösen. Wir tun deshalb gut daran, unsere sicherheitspolitische Konzeption des Jahres 1973 zu überprüfen und neu zu gestalten. Auch wenn die militärische Bedrohung bleibt, so haben doch die zivilisatorischen Katastrophen nach Tschernobyl und die politische Destabilisierung gezeigt, dass wir modernere Instrumente brauchen, um den äusseren und innern Frieden zu sichern. Die Politik benötigt ein stabiles Umfeld, denn zahlreiche Zielkonflikte führen in den nächsten Jahren zu harten Entscheidungsfindungsprozessen.

Effizienter arbeiten

So sollten wir endlich wissen, ob wir aus der Kernenergie aussteigen und über fossile Energien neue Umweltschädigungen bewirken wollen oder ob wir weitere Atomkraftwerke bauen und damit das nukleare Risiko erhöhen können. Wir sollten Grenzen und Möglichkeiten staatlicher und privater Umweltschutzmassnahmen fixieren und deren Vollzug rascher erzwingen. Wir sollten

uns in der Landwirtschaftspolitik entscheiden, ob wir die Mehrleistungen der Bauern durch Konsumentenbelastung oder Steuerabgaben abgelden wollen. Wir sollten in der Finanzpolitik den Haushalt ausgeglichen gestalten, auch wenn die AHV-Revision im Hause und die militärische Flugzeugbeschaffung vor der Türe stehen. Die Liste dieser grundsätzlichen Sachprobleme liesse sich noch beliebig verlängern. Sie zeigt auch, dass unser politisches Management eine Parlaments- und Bundesratsreform nötig hat, um effizienter zu arbeiten. Vor allem gilt es, angesichts der Fülle von Aufgaben die alte physikalische Regel zu beherzigen, dass Leistung gleich Arbeit in der Zeit ist.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.
Einzelnummer Fr. 2.-, Jahresabonnement Fr. 20.-.

Baumschäden!

Unsere Spezialisten für
Baumchirurgie + Baumpflege
lösen Ihre Probleme

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

PSYCHOLOGISCHE MANAGEMENT-BERATUNG
E. Arpagaus
Dipl. Psych., a. Personaldirektor

Bearbeitung von Personal-,
Ausbildungs und Führungsfragen
Betriebs- und Marktpsychologie

Persönliche Beratung,
Gesprächspartner
von Führungskräften

Hirschengraben 3, 8001 Zürich
Telefon (01) 252 93 30

Radio Z präsentiert

DIXIE METZGETE

5. - 31. Januar 1988, ab 19 Uhr

5. - 9. Januar
Piccadilly Six

12. - 15. Januar
The Harlem Ramblers

16. Januar
Bucktown Jazzband

19. - 21. Januar
Buddha's Gamblers

22. - 23. Januar
Oscar Klein Jazzshow

26. - 28. Januar
Bob Wallis & the Storyville Jazzmen and Friends

29. - 30. Januar
Dixieland All Stars DDR Berlin
Stars beim Jazz Festival 1987 in Lugano

31. Januar, Sonntag
Monty Sunshine & the Sunshine Band

Jeden Sonntag Dixie - Brunch von 10.00 - 14.00h
The SAINTS JAZZ BAND

Buure - Metzgete, Raclette und Spezialitäten

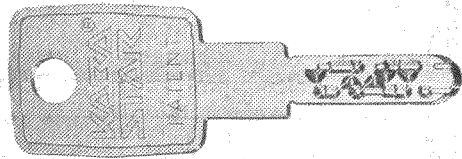
EINTRITT FREI, TANZ

KAUFLEUTEN FESTSAAL

Pelikanstr. 18, 8001 Zürich Tel. 01 221 15 05

EIN SCHUTZ, DER JEDEM ZUSTEHT.

Jeder Mensch lebt gerne in Sicherheit. Berechtigterweise. KABA kommt diesem Bedürfnis gleich doppelt entgegen. Erstens mit der neuartigen Zylinderpanzerung, die das Aufbohren, Abwürgen und Ausreissen des Schliesszylinders praktisch unmöglich macht. Und zweitens mit dem Schlüssel, der zur Panzerung passt: dem bewährten KABA STAR im neuen, funktionsgerechten Design. Sichern Sie sich Ihre Ruhe. Mit einem Schliess-System von KABA.



KABA®

Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/931 61 11, Telex 875 481, Telefax 01/931 63 85.

FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung

BAUMANN

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rütli
Tel. 055/84 11 11

Integrierte Bauprojekte

Für Käufer mit Eigenbedarf, Mieter und Anleger realisieren wir als Bauherren städtebaulich integrierte Bauprojekte - in Zusammenarbeit mit führenden Architekten und Ingenieuren!

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 10

Unabhängige Berater für die Suche von Führungskräften und Geschäftspartnern

RubinConsult

UNTERNEHMUNGSBERATUNG
W. RUBIN
CH-8002 ZÜRICH, FREIGUTSTR. 24
TEL. (01) 202 75 78
MITGLIED DER ASCO

Bitte verlangen Sie Unterlagen und ein unverbindliches Gespräch.

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit fast 300 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

Rufen Sie uns an (Telefon [043] 21 20 81), oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wiibüechli» - eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz



SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Was fünf neue FDP-Parlamentarier meinen

Erwartungen und Schwerpunkte

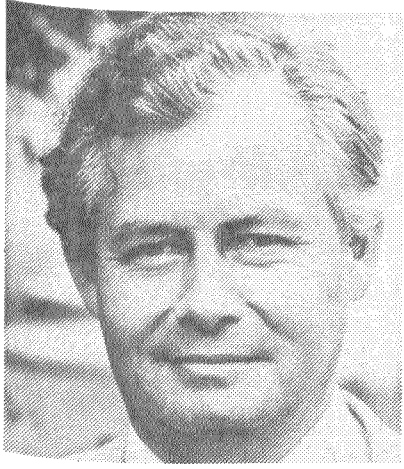
16 neue Parlamentarierinnen und Parlamentarier zählt die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung. «Der Freisinn» stellte fünf davon Fragen zu ihren politischen Absichten, aber auch zu den Erwartungen, mit welchen sie nach «Bern» gekommen sind. Ebenso wurde gefragt nach den prioritären Aufgaben der eben begonnenen Legislaturperiode wie auch den schwerwichtigsten innenpolitischen Aufgaben. Nachstehend die Stellungnahmen:

Mit welchen Erwartungen sind Sie nach «Bern» gekommen?

Wo setzen Sie persönlich in Ihrer parlamentarischen Tätigkeit die Schwerpunkte?

Welche Aufgaben sind in der eben begonnenen Legislaturperiode nach Ihrer Ansicht prioritär anzugehen?

Welches sind für Sie die schwerwichtigsten innenpolitischen Probleme?



Nationalrat Paul Fäh, Luzern

Ich hoffe, dass ich im Rahmen der FDP-Fraktion sowie im Parlament, gestützt auf meine berufliche und politische Erfahrung, dazu beitragen kann, dass liberale Politik durchgesetzt werden kann.

Sicherheitspolitik, weil ich beruflich damit zu tun habe.
Energiepolitik, weil ich mich mit dieser Frage intensiv auseinandersetze. Ich bin für Kernenergie, solange keine ausreichenden ökologisch verantwortbaren Alternativen in Sicht sind.
Umweltschutz im liberalen Sinne, das heisst, die Massnahmen müssen durchdacht, wirksam, wirtschaftlich tragbar und vollziehbar sein.
Sozialversicherungspolitik. Die Abgaben haben für mich die Grenze des Tragbaren erreicht.
Wirtschaftspolitik, weil ohne gesunde, leistungsstarke Wirtschaft wenig geht.

Energiepolitik: Energieszenarien und entsprechende Konsequenzen
Gesellschaftspolitik: 10. AHV-Revision, Revision KVMG, Revision BVG, Datenschutzgesetz
Sicherheitspolitik:
Revision MO (HD-Status), Zivilschutz (so stark wie möglich auf Katastrophenhilfe ausrichten)
Umweltschutz:
Vollzug der bestehenden Bestimmungen gewährleisten
Verkehrspolitik:
Vorentscheide über Schwerverkehrsabgabe, Vignetten, Tempolimiten zuhanden Volksabstimmung
Wirtschaftspolitik: Folgen des sich ändernden Verhältnisses Schweiz - EG erkennen und entsprechende Konsequenzen ziehen.

Das grösste Problem ist für mich die Tatsache, dass die Schweiz je länger, je mehr zu einem Konglomerat von Gruppen- und Einzelinteressen zu werden droht.
Im Detail erachte ich folgende Probleme als schwerwiegend:
Verhältnis Wirtschaft/Umwelt und umgekehrt
Energieprobleme (insbesondere Problem Kernenergie)
Konsequenzen des stärker werdenden EG-Binnenmarktes für unsere Wirtschaft und Gesellschaft.



Nationalrat François Loeb, Muri BE

Zuerst gilt es, sich in die eidgenössischen Probleme einzuarbeiten. Ich freue mich, in einer gut organisierten Fraktion mitzuarbeiten und dabei meinen Teil einzubringen. Mit der Erfahrung als Unternehmer hoffe ich, zu konkreten, praxisnahen Problemlösungen beitragen zu können.

Während meiner Grossratstätigkeit habe ich mich auf Finanz-, Wirtschafts- und Steuerfragen konzentriert. Daneben interessieren mich die Wirtschaftsbeziehungen Schweiz - EG. Ein besonderes Anliegen ist es mir, der freien Wirtschaft und insbesondere Klein- und Mittelbetrieben das Umfeld für eine positive Zukunftsentwicklung zu bieten. Innovativen Jungunternehmern soll die Chance zur Unternehmungs-Neugründung geboten, vor allem sollten sie nicht durch administrative Hemmnisse am Entfalten ihrer Initiative gehindert werden.

Die Lösung der Probleme, die sich aus dem EG-Binnenmarkt für unser Land ergeben werden. Die Sicherung der Energieversorgung für die kommenden Jahrzehnte.

Das Erreichen von vernünftigen, tragbaren Lösungen bei den Umweltfragen. Der weitere Ausbau der Brückenfunktionen zwischen den Sprachregionen. Vermehrt Interesse an der Politik wecken. Zu optimistischer Zukunftsschau gelangen.



Nationalrätin Lili Nabholz-Haidegger, Zollikon ZH

Als parlamentarische «Newcomerin» werde ich zunächst wohl viel zu lernen haben. Dank langjähriger Mitwirkung in verschiedensten Expertengremien und Kommissionen des Bundes sind mir einzelne Sachbereiche der eidgenössischen Politik sehr vertraut, und ich hoffe, mein diesbezügliches Fachwissen z. B. im Bereich Sozialversicherungen, Gleichberechtigung einbringen zu können.

Gesellschaftspolitische Fragen
Sozialversicherungsrecht
Allgemeine Gesetzgebungsfragen (Umsetzung von Verfassungsrecht, hängige Revisionen, z. B. ZGB, StGB, OR)
Neue Technologien und die damit zusammenhängenden Fragen (Arbeitsmarkt, Bildung, Forschung usw.)
Umweltschutz

Verhältnis Schweiz - EG
Schutz der Umwelt
Kostendämmung im Gesundheitswesen
Revision der AHV

Vollzugsproblematik im Bereich Umweltschutz
Energiefrage
Verhältnis Ökonomie - Ökologie
Entfremdung der Bürger vom Staat



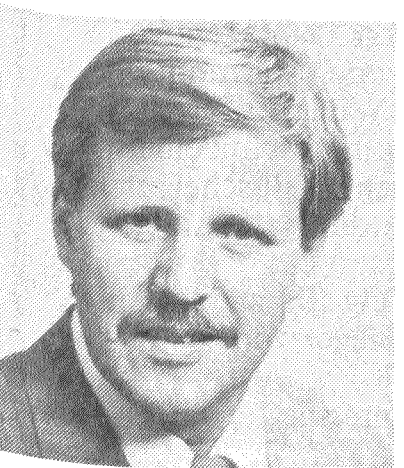
Ständerat Ernst Rüesch, St. Gallen

Ich bin mit wenig Erwartungen gekommen. Als Neuer habe ich mich vorerst einmal in die Aufgabe eines Ständerates einzuarbeiten und nicht «Erwartungen» zu formulieren. Was ich erwarte, ist, dass die sachbezogene und effiziente Arbeit, die man dem Ständerat nachsagt, auch in der neuen Legislaturperiode weitergeht. Darüber hinaus erwarte ich eine freundschaftliche Zusammenarbeit in der Fraktion.

Als Erziehungsdirektor und derzeitiger Präsident der Schweiz. Hochschulkonferenz liegt mir die Bildungs- und Forschungspolitik sehr nahe. Damit verschlungen sind die Umweltschutz- und die Energiepolitik. Als ehemaliger Brigadekommandant bin ich auch mit der Sicherheitspolitik sehr verbunden. Nach 16 Jahren Regierungsrat liegt mir das Verhältnis von Bund und Kantonen am Herzen. Ich werde mich für den Föderalismus einsetzen, ohne dem Kantöngeist zu verfallen.

Finanzpolitik:
Neue Bundesfinanzordnung
Wirtschaftspolitik:
Annäherung an die EG
Sozialpolitik:
10. AHV-Revision und Revision der Krankenversicherung
Energiepolitik: Sicherung der Energieversorgung der neunziger Jahre
Umweltpolitik: Durchsetzung des Luftreinhalte-Konzeptes
Bildungspolitik:
Aufbau einer systematischen Weiterbildung auf allen Stufen
Sicherheitspolitik:
Beschaffung von Flab-Mitteln für die Infanterie und neues Kampfflugzeug

Die Hauptproblematik liegt in der gesellschaftlichen Entwicklung. Man verlangt vom Staat immer mehr und ist immer weniger bereit, für die Gemeinschaft auch etwas zu leisten. Der Privatismus und der Individualismus führen zur Zersplitterung in der politischen Landschaft und zu Einthemen-Parteien. Eine Polarisierung zeichnet sich ab. Das innenpolitische Grundproblem besteht somit in der sinkenden Konsensfähigkeit der politischen Kräfte und in der schwindenden Akzeptanz durch den Einzelnen.



Nationalrat Urs Scheidegger, Solothurn

Ich bin nicht gewählt worden, um «Bern auf den Kopf zu stellen». Vielmehr hoffe ich, mit dem Erfahrungshintergrund als früherer Leiter der Wirtschaftsredaktion des «Bunds», wo ich Gelegenheit hatte, mich unter der Bundeshauskuppel umzusehen, und als Stadtmann von Solothurn, wo ich sehr viel mit dem Vollzug von Bundespolitik an vorderster Front und in verschiedenen Bereichen zu tun habe, mitzuwirken, Lösungsansätze für die breite Palette von Bundesproblemen mit einzubringen. Oft ist es wichtig, frühzeitig ins Räderwerk eingreifen zu können.

Als Ökonom stehen mir Wirtschaftsfragen im allgemeinen besonders nahe (Struktur-/Regional- und Konjunkturpolitik/Aussenwirtschaftspolitik/bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit/Beachtung der besonderen Verhältnisse in der Dritten Welt). Als Stadtoberhaupt ist mir ferner daran gelegen, dass Aufgaben-Neuverteilung nicht einfach Kostenabwälzung auf die Gemeinde heisst. Insbesondere gilt es, das Sensorium des Bundes für Agglomerationsverkehrsprobleme zu erhöhen. Und schliesslich interessiere ich mich für Belange der militärischen wie der zivilen Luftfahrt.

Es harren «alte» und neue Brocken aus den Bereichen Energie, Finanzen, Verkehrspolitik (Stichwort: Alpen-Basis), aber auch das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft. Gerade die Nähe der Schweiz zur EG verlangt einen zunehmend helvetischen «Europareflex». All diese Probleme sind mit vernetztem Denken anzugehen, und zwar im Sinne des FDP-Grundsatzes «Gesamtheitliche Politik mit Augenmass».

Es gilt, den Problembereich «Umwelt» konsequent weiterzuziehen. Dies hat aus einer generalisierenden Sicht heraus zu erfolgen und in Beachtung der ökonomischen Verknüpfung, der Internationalität des Problems und so, dass keine Vollzugskrisen bei Kantonen und Gemeinden entstehen. Ferner ist darauf zu achten, dass beschlossene Gesetze und Massnahmen auch vollzogen werden können. Der Schweizer Pragmatismus wird sich dabei als nützlich erweisen, benötigt werden aber auch Perspektiven.

Beiträge zu liberaler Politik

«Liberalismus als Verjüngungskur»

«Die Motivation, das Buch «Liberalismus als Verjüngungskur» herauszugeben, entspringt dem Gefühl eines gewissen Theoriedefizits in bürgerlichen Parteien.» Dies die Meinung von Ständerat Andreas Iten (FDP, ZG), der das Werk, das Aufsätze prominenter liberaler Autoren vereinigt, vorstellt:

Die Freisinnigen bekennen sich zum Liberalismus als ihrem geistigen Fundament. In der politischen Praxis geht dies oft unter. Man vergisst die Quellen, aus denen man unbewusst und traditionellerweise schöpft. Das Buch soll daher in Erinnerung rufen, dass es keine Alternative zum liberalen Staat gibt, und es soll begründen, warum das so ist.

Dieses Theoriedefizit wird vor allem von Jugendlichen, die sich der Politik zuwenden, beklagt. Für sie ist oft eine Linkspartei attraktiver, weil sie sich auf eine Ideologie, auf ein Ideengerüst stützt. Die bürgerlich-liberale Politik braucht sich aber gerade ihrer geistigen Herkunft und der Weiterentwicklung ihres Gedankengutes nicht zu schämen. Im Gegenteil: Es hat sich in der Geschichte erwiesen, dass nur die liberale Staatsauffassung tragfähig, erneuerbar und schöpferisch ist und den ganzen Menschen herausfordert. Sie ist jene Theorie, die die Eigenständigkeit des Einzelmenschen, die Autonomie von Gemeinschaften und ihrer Verantwortung betont, die Macht beschränkt und einzelne Systeme der Gesellschaft wie Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche, Schule, Familie usw. nicht einfach dem Staate unterordnen will. Liberalismus ist die Antiposition zur Verstaatlichung der Gesellschaft. Diese Position in einer Zeit zu betonen, die den Staat universalzuständig erklären will, ist sehr wichtig.



Das Buch «Liberalismus als Verjüngungskur» will der Praxis ein theoretisches Fundament geben, der Realpolitik einen Kompass und dem politischen Handeln Flankenschutz. Es beweist durch die zahlreichen interessanten Artikel führender liberaler Denker, dass auf diesem geistigen Fundament Politik aufzubauen ist.

Der interessierte Leser wird in dem Buch auf die modernen Strömungen des Liberalismus stossen, und er wird Impulse erhalten, vertieft über die Grundlagen von Gesellschaft und Staat nachzudenken.

«Liberalismus als Verjüngungskur», herausgegeben von Heinz Buhofer, Verlag Orell Füssli. Mit Beiträgen u. a. von H. Lübke, C. C. von Weizsäcker, K. Eichenberger, R. Jagmetti.

ter Staat», ein Bericht zur Lage der Jugendlichen in der Schweiz, haben nicht mehr so hohe Wellen geworfen. Die Berichte wurden jeweils vom Bundesrat zur Kenntnis genommen, die Medien berichteten kurz darüber, weiter geschah nichts.

Erschwerte Stellungnahme zu Gesetzen

Die Arbeit der Kommission beschränkt sich nicht nur auf diese Berichte. Als viel wichtiger erscheint mir die Stellungnahme zu Erlassen, welche die Jugend betreffen. Hier wird es der Kommission nicht leichtgemacht, kommt sie doch sehr oft nur spät oder gar nicht zum Zuge. Es ist natürlich nicht sinnvoll, wenn eine spezialisierte Kommission erst im Vernehmlassungsverfahren zu einer Stellungnahme eingeladen wird.

Als Lehrstück über die Vertretung der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen und der Jugend schlechthin, in der Gesetzgebung, zeichnet sich die Revision des Jugendstrafrechtes ab. Trotz rechtzeitiger Anfrage wurde die Kommission bei der Bestellung der Expertenkommission nicht berücksichtigt. Es wurden auch keine anderen Jugendvertreter zugelassen. Man stelle sich einmal eine Expertenkommission zur Landwirtschaftsgesetzgebung ohne Bauernvertreter vor!

Stellung in der Bundesverwaltung

Auch die Stellung der Kommission für Jugendfragen in der Bun-

desverwaltung dokumentiert, für wie unwichtig diese Kommission gehalten wird. Sie ist dem Bundesamt für Kulturpflege, dem Gemischtwarenladen des Bundes, angegliedert. Der Sekretär der Jugendkommission belegt 27% einer Bundesstelle, die anderen 73% «gehören» den Rätromanen. Der Kommission für Frauenfragen stehen 1,2 Stellen zu. Die zu knappe Stelle reicht nicht einmal dazu aus, die Kommissionsmitglieder voll zu dokumentieren und somit die Grundvoraussetzungen für ihre Arbeit zu schaffen.

Aktuelle Arbeiten

Trotz diesen Schwierigkeiten leistet die Kommission für Jugendfragen immer wieder gute Arbeit. So ist beispielsweise in diesem Jahr eine Befragung der Parteien zum Thema Jugend erschienen. Ausserdem läuft zurzeit ein künstlerischer Wettbewerb für Jugendliche zum Thema «Fremdsein in der Schweiz». Die Kommission hat sich auch intensiv mit der Problematik des Schutzalters auseinandergesetzt, und beschäftigt sich mit der für die Jugendverbände wichtigen Ausgestaltung des J+S-Faches Wandern und Geländesport.

Alles in allem setzt die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen alles daran, ihre Aufgabe wahrzunehmen. Damit ihr dies aber voll gelingt, muss sie, und müssen vor allem die Anliegen der Jugend, vom Parlament und von der Verwaltung ernst genommen werden.

Terminkalender der FDP der Schweiz

Januar

22. Delegiertenrat

Februar

Session: 29.-18. 3.

März

11. Delegiertenrat

April

22. Delegiertenrat (Lugano)
22./23. ord. Delegiertenversammlung/
Parteitag (Lugano)

Juni

Session: 6.-24.
12. Eidg. Volksabstimmung

August

26. Delegiertenrat
27. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)

September

Session: 19.-7. 10.
25. Eidg. Volksabstimmung

Oktober

28. Delegiertenrat
29. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)

November

Session: 28.-16. 12.

Dezember

4. Eidg. Volksabstimmung
7. Vereinigte Bundesversammlung

Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.

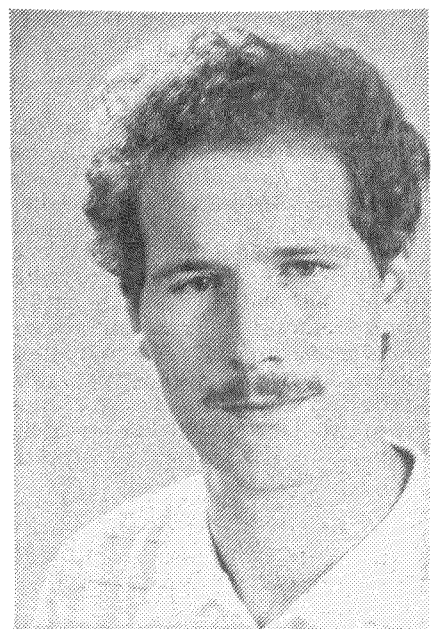
Cigarros Autenticos.

Neues aus der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS)

Was tut die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen?

Als Neuling wurde Christian Bolliger (Dübendorf) zu Beginn dieses Jahres vom Bundesrat in die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen gewählt. Er ist Vizepräsident der JBS und berichtet aus persönlicher Sicht über die Aufgabe und Arbeit dieser Kommission:

Die vom freisinnigen Genfer Stadtrat, und frischgewählten Nationalrat Guy-Olivier Segond präsidierte 22köpfige Eidgenössische Kommission für Jugendfragen wurde im Jahre 1978 vom Bundesrat ins Leben gerufen. Die Mitglieder werden von Jugendverbänden und Parteien vorgeschlagen, wobei, nach helvetischer Tradition, der Parteienproporz und die regionale Verteilung berücksichtigt werden.



Die Aufgaben der Kommission

Die Kommission hat gemäss Bundesratsbeschluss folgende Aufgaben:

- Sie beobachtet die Situation der Jugend in der Schweiz und stellt, wo ihr Massnahmen als notwendig erscheinen, Antrag an die zuständigen Instanzen des Bundes.

- Der Kommission ist in allen Fragen, welche die Situation der Jugend in der Schweiz betreffen, insbesondere vor dem Erlass wichtiger bundesrechtlicher Vorschriften, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

- Sie setzt sich mit der Förderung des politischen Engagements der Jugend auseinander.

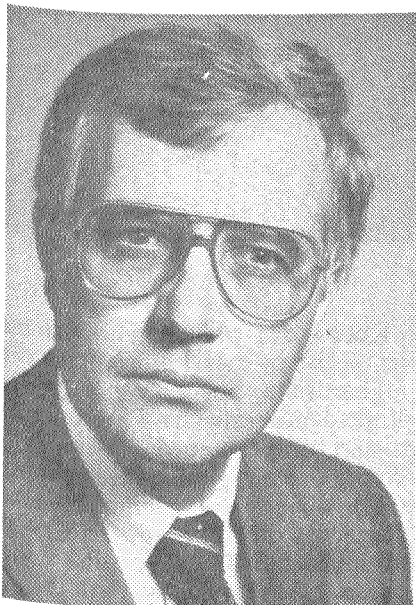
Die Berichte der Kommission

In den letzten Jahren ist die Kommission vor allem mit ihren Berichten an die Öffentlichkeit getreten. Mit den wohl zu recht umstrittenen «Thesen zu den Jugendunruhen 1980» ist die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen zum erstenmal in das Rampenlicht der Medien getreten. Die nachfolgenden Berichte wie etwa «Mutter Helvetia + Va-

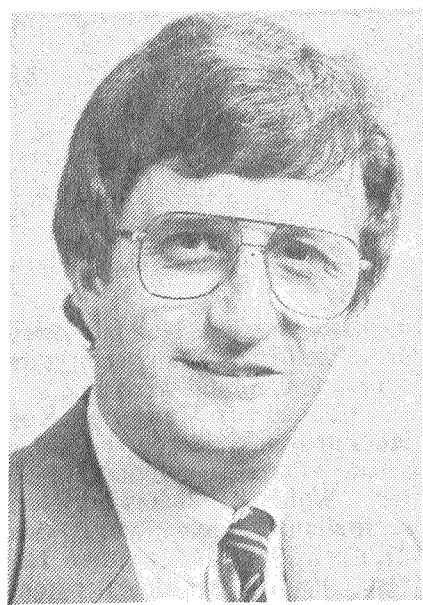
Um einen Viertel ergänzte FDP-Fraktion

16 neue Mitglieder

Der 65köpfigen Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung gehören 16 neue Mitglieder – 13 National- und 3 Ständeräte – an. Nachstehend werden diese kurz mit Wohnort, Jahrgang sowie ihrer beruflichen Tätigkeit vorgestellt.



Hubert Bonvin, Nationalrat Crans (VS), 1944, Sekundarlehrer



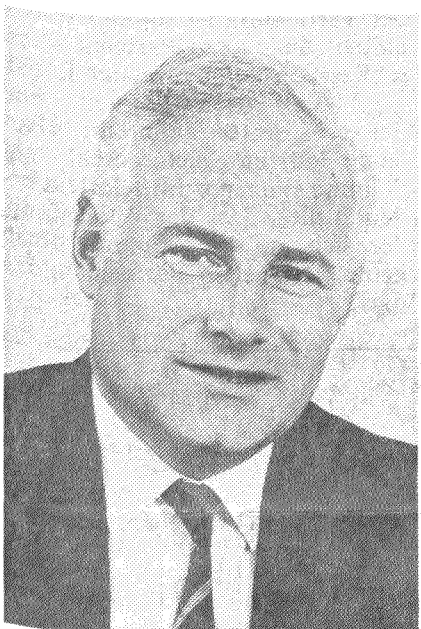
Rolf Büttiker, Nationalrat Wolfwil (SO), 1950, dipl. Naturwissenschaftler, Berufsschullehrer an der Graphischen Fachschule Aarau



Adriano Cavadini, Nationalrat Pregassona (TI), 1942, Dr. oec., Direktor der Tessiner Handelskammer



Paul Fäh, Nationalrat Luzern, 1937, Lehrerpatent, heute Leiter der Koordinationsstelle für Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung des Kantons Luzern



Ulrich Fischer, Nationalrat Seengen (AG), 1940, lic. iur., Fürsprecher, Stv. Direktor Motor-Columbus AG



Hans Rudolf Gysin, Nationalrat Pratteln (BL), 1940, Handelslehrer, heute Direktor des Kantonalen Gewerbeverbandes Baselland



François Loeb, Nationalrat Muri (BE), lic. oec. HSG, Delegierter des Verwaltungsrates Loeb AG, Bern



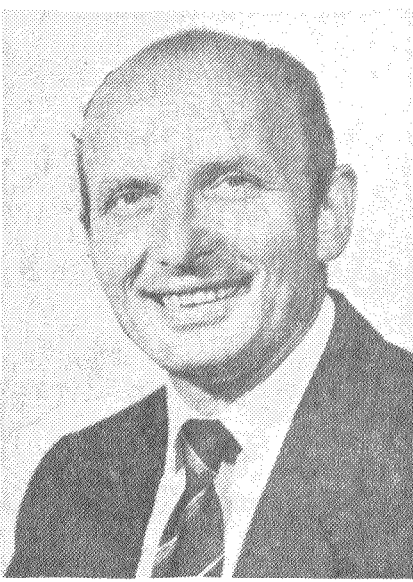
Paul-René Martin, Nationalrat Lausanne, 1929, lic. iur., Stadtpräsident von Lausanne



Rolf Mauch, Nationalrat Hirschthal (AG), 1934, Dr. iur., Direktor Aargauische Industrie- und Handelskammer



Lili Nabholz-Haidegger, Nationalrätin Zollikon (ZH), 1944, Dr. iur., Rechtsanwältin



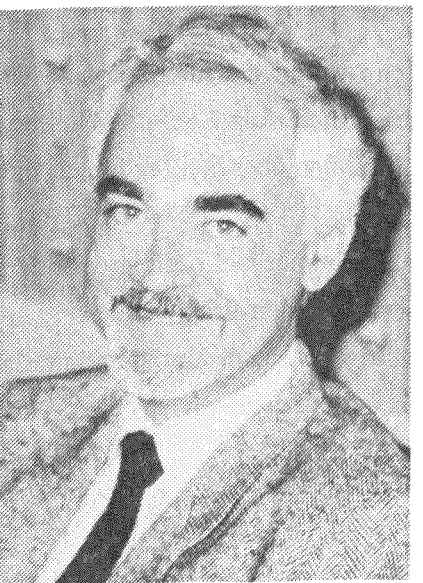
Jean-Nicolas Philipona, Nationalrat Vuippens (FR), 1943, Landwirt



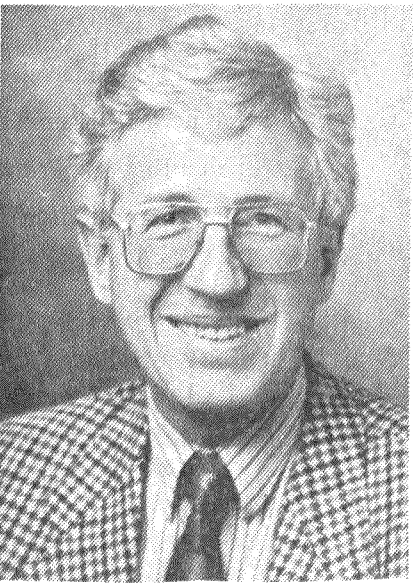
Urs Scheidegger, Nationalrat Solothurn, 1943, Dr. rer. pol., Stadtmann von Solothurn



Guy-Olivier Segond, Nationalrat Genf, 1945, lic. iur., Stadtrat in Genf



Thierry Béguin, Ständerat Saint-Blaise (NE), 1947, lic. iur., Anwalt, Generalstaatsanwalt des Kantons Neuenburg



René Rhinow, Ständerat Seltisberg (BL), 1942, Dr. iur., Prof. für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel



Ernst Rüesch, Ständerat St. Gallen, 1928, Sekundarlehrer phil., heute Regierungsrat des Kantons St. Gallen, Erziehungsdirektor

Lese-Tips

Marktwirtschaftliche oder sozialistisch-dirigistische Entwicklungspolitik?

Das verbreitete Elend in der Dritten Welt wird von der Öffentlichkeit als kaum veränderbare Tatsache betrachtet. Die Untersuchung «Entwicklungsländer im Systemvergleich» des Schweizer Wirtschaftspublizisten Ulrich Frey zeigt, dass diese Misere nicht unentrinnbares Schicksal ist – auch nicht für afrikanische Länder. Der Verfasser hat aus der kleinen Zahl der marktwirtschaftlichen Länder vier ausgewählt, denen er vier sozialistisch-dirigistische Entwicklungsländer gegenüberstellt.

Die Untersuchung präsentiert zunächst die ausgewählten Länder (China/Taiwan, Nordkorea/Südkorea, Guinea/Elfenbeinküste, Tansania/Kenia) mit ihrer Geschichte und mit ihrem politischen System. Daran anschliessend wird die Wirtschaftspolitik erläutert, wobei insbesondere auch die Planung, die in den einzelnen Ländern meist sehr unterschiedlich und mit unterschiedlichem Gewicht ausgestattet ist, dargelegt wird. Die wirtschaftliche Bilanz gibt sodann in Worten das Erreichte oder Nichterreichte, den Stand der Wirtschaftsentwicklung, wieder. Die soziale und humanitäre Bilanz schliesslich zeigt den Stand der Wohlfahrt (auch des Elends) jenseits von Angebot und Nachfrage (beziehungsweise Normerfüllung und Zuteilung) an.

Nach der Darstellung der Grundlagen, des politischen Systems und der Wirtschaftspolitik zieht der Autor die wirtschaftliche, aber auch die soziale und humanitäre Bilanz der ausgewählten Länder. Auf Grund der belegten Tatsachen kommt der Verfasser zum Schluss, dass auch – ja gerade – im Fall der unterentwickelten Länder eine sich auf die Funktion des Marktes und des Wettbewerbes stützende Wirtschaftsordnung der sozialistisch-dirigistischen weit überlegen ist, und zwar sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und humanitärer Hinsicht. Marktwirtschaftliche Entwicklungsländer kommen schnell voran, während eine grosse Zahl sozialistischer Entwicklungsländer rasch und anscheinend unentrinnbar der internationalen Katastrophenhilfe anheimfällt.

Ulrich Frey: Entwicklungsländer im Systemvergleich. Sozialistische Verelendung und marktwirtschaftliches Wachstum.

Zur Kontroverse um das Waldsterben Freisinniger Vorstoss will Klarheit schaffen

Hält der Bundesrat die momentane Strategie im Kampf gegen das Waldsterben für ausreichend, oder drängen sich weitergehende Massnahmen auf? Diese Frage stellt Nationalrat Christian Wanner in einer dringlichen Interpellation. Der freisinnige Solothurner, der darauf hinweist, dass die jüngste Sanasilva-Studie ein erneutes Anwachsen der Waldschäden aufzeigt, will vom Bundesrat aber auch wissen, was dieser von der kürzlich erschienenen Publikation «Wald und Luft» hält, die in bezug auf die Ursachen des Waldsterbens teilweise andere Gründe geltend macht, als dies bis heute von offizieller Seite getan wurde. Insbesondere will er Auskunft darüber, ob die in dieser Schrift gemachten Aussagen haltbar sind und sich wissenschaftlich begründen lassen.

Krieg in Afghanistan ohne Ende?

Schon acht Jahre

Am 27. Dezember werden es acht Jahre sein, seit die Sowjets in Afghanistan einmarschiert sind. Ein Ende des blutigen Krieges ist – entgegen allen Propagandaoffensiven Moskaus – noch nicht abzusehen. Eine Lagebeurteilung durch Auslandsredakteur Jacques Baumgartner:

Als eine «blutende Wunde» bezeichnete vor bald einem Jahr der sowjetische Parteichef, Michail Gorbatschow, den Afghanistan-Krieg. Er schien damit einzugehen, dass die Invasion 1979 ein Fehler gewesen war. Nach einer Ende Oktober in Moskau durchgeführten anonymen Umfrage sprach sich offenbar mehr als die Hälfte der befragten sowjetischen Bürger für einen sofortigen, vollständigen Abzug der Soldaten aus.

Westliche Schätzungen gehen von 120 000 sowjetischen Soldaten in Afghanistan aus. Nochmals 100 000 dürften auf heimatlichem Boden in der Sowjetunion direkt mit dem Krieg im einst unabhängigen und blockfreien Nachbarland «beschäftigt» sein.

Exklusive Erkenntnis

Die eingangs erwähnte Umfrage blieb exklusiv den ausländischen Medien vorbehalten. Das hatte seinen bestimmten Zweck: Das Umfrageresultat, das nicht angezweifelt sei, wurde nur Tage vor der Afghanistan-Debatte der Vereinten Nationen (Uno) in New York publik gemacht. Handelte es sich bei der Umfrage etwa um eine Kreml-Kampagne mit dem versteckten Ziel, das Abstimmungsergebnis in der Uno-Generalversammlung im günstigen Sinne zu beeinflussen? Ungeachtet dieses Manövers votierte die Uno-Generalversammlung am 10. November mit der Rekordstimmzahl von 123 für den «sofortigen Abzug der ausländischen Truppen» aus Afghanistan und forderte das Selbstbestimmungsrecht für das afghanische Volk.

Die Zahl der Ja-Stimmen ist die höchste, die je gegen die Sowjetunion abgegeben wurde, seit sich die Uno im Januar 1980 erstmals mit dem Afghanistan-Einmarsch der Sowjets beschäftigte. In der Afghanistan-Debatte nannte der chinesische Uno-Delegierte – unter anderem – das Argument des sowjetischen Vertreters eine «absurde Logik», die sowjetischen Soldaten ständen in Afghanistan wegen des «unerklärten Krieges» (der USA).

Läuft nicht wie gedacht

Der Rückzug stellt Moskau vor zwei Probleme. Zögen sich die sowjetischen Soldaten über die Grenze zurück, so könnte der Kreml das Weiterbestehen einer prosovietischen Regierung in Kabul wahrscheinlich nicht mehr sicherstellen. Das bedeutete einen echten Gesichtverlust für die Sowjetunion. So sucht Moskau nach Möglichkeiten, auf dem Verhandlungswege ein sowjetloyales afghanisches Regime zu etablieren.

Dann könnten die Truppen ohne Ansehensverlust heimgeholt werden.

Auf diesen Überlegungen beruhen die «Mechanismen der nationalen Versöhnung» (laut der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass) des afghanischen Partei- und Staatschefs Nadschibullah. «Aber leider», wie sich Nadschibullah nach Tass geäußert haben soll, «läuft nicht alles so, wie wir gedacht haben.» Seine «Mechanismen» hatte der Chef der afghanischen «Volksdemokratischen Partei» (Kommunistische Partei) zu Jahresanfang 1987 mit einem einseitigen Waffenstillstand ins Spiel gebracht. Sie griffen nicht; der Waffenstillstand war von Anfang an wirkungslos. Die Friedensoffensive von Nadschibullah kam bei den Mujaheddin genannten Widerstandskämpfern nicht an, fruchtete auch nicht bei den fünf Millionen afghanischen Flüchtlingen in Pakistan, und zwar weil das Regime in Kabul sowohl politisch wie militärisch völlig vom Kreml abhängig ist.

An Heftigkeit stellten 1987 die sowjetischen Offensiven gegen die Mujaheddin jene vorangegangener Jahre in den Schatten. Davon zeugt auch der nicht abebbende Flüchtlingsstrom. Durchschnittlich fünftausend Afghanen flüchteten und flüchten monatlich nach Pakistan. In Afghanistan ist ständig etwa eine Million Menschen auf der inneren Flucht.

Abzug mit Einschränkungen

Im März und September fanden in Genf unter Uno-Schirmherrschaft indirekte Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan statt. Indirekt, weil Islamabad vermeiden möchte, dass eine unmittelbare Begegnung als Anerkennung des Regimes in Kabul ausgelegt wird. Die Gespräche verliefen ergebnislos. Haupthindernis ist der Zeitplan für einen sowjetischen Abzug. Sechzehn Monate hatte der afghanische Aussenminister Abdul Wakil bei den September-Verhandlungen angeregt. Ursprünglich hatte Kabul auf vier Jahren bestanden. Pakistan besteht auf acht Monaten. Gennadi Gerassimow, der Sprecher des sowjetischen Aussenministeriums, meinte im November, er «hoffe, dass sich die sowjetischen Truppen in sieben bis zwölf Monaten zurückziehen können». Bei den Afghanistan-Gesprächen in Genf müsste «nur noch der genaue Zeitplan festgestellt werden». Gerassimow schränkte jedoch ein: «Das kann nur geschehen, wenn die Einmischung der Ausländer aufhört.» Damit ist vor allem die amerikanische Hilfe an die Mujaheddin gemeint.

US-Hilfe an Mujaheddin

Ohne diese Unterstützung der Widerstandskämpfer spräche heute Moskau nicht von der Möglichkeit eines Rückzuges. Im vergangenen Monat sicherte der amerikanische Präsident Ronald Reagan dem Präsidenten der Islamischen Union der afghanischen Mujaheddin, Scheich Maulawi Junis Khalis, weitere und verstärkte Hilfe der Vereinigten Staaten zu. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Reagan, eine Übergangsregierung in Kabul, welche von Nadschibullah beherrscht sei, sei unannehmbar.

Am 14. Juli erklärte Nadschibullah, die «Jahre des Kampfes haben gezeigt, dass eine militärische Lösung nicht möglich ist» (womit er die Patt-Situation eingestand). Der einzige Weg vorwärts sei «durch nationale Versöhnung, Kompromiss und Koalition». Unter der neuen Verfassung werde Afghanistan «souverän, neutral und blockfrei» sein. In der künftigen «kreativen Koalitionsregierung» sollen Nichtkommunisten vierzehn – nicht näher bezeichnete – Ministerposten bekleiden. Hingegen behält die «Volksdemokratische Partei» nach wie vor das Amt des Präsidenten, Regierungs- und Geheimdienstchefs sowie Verteidigungsministers inne.

Verfassung mit Fussangeln

Nach der neuen Verfassung wird der Präsident auf sieben Jahre gewählt. Er ernennt den Regierungschef, den Justizminister, den Obersten Richter und die Mitglieder des Obersten Gerichts. Mit seinem Veto kann der Präsident die Entscheidungen des Parla-



Endloser Flüchtlingsstrom nach Pakistan.

ments blockieren. Nur mit Zweidrittelmehrheit kann sein Einspruch überstimmt werden.

Offenbar aus Mangel an Kollaborateuren kreierte derzeit Kabul selbst «Parteien religiöser Führer». Wahrscheinlich wird Nadschibullah noch vor dem 27. April 1988, dem zehnten Jahrestag des Blutputsches der kommunistischen Machtergreifung, seine «kreative Regierungskoalition» auf die Beine gestellt haben und der «Weltöffentlichkeit» präsentieren...

Sowjet-Kopie

Die neue afghanische Verfassung ist nahezu eine Kopie der sowjetischen. Die Afghanische Nationalversammlung entspricht dem Obersten Sowjet. Heisst es in der sowjetischen Verfassung, dass die Kommunistische Partei die «führende und leitende Kraft» der sowjetischen Gesellschaft, der

«Kern» des politischen Systems ist, so ist in dieser Beziehung die afghanische recht vage: «Die Volksdemokratische Partei organisiert und hütet die Verwirklichung der nationalen Versöhnung (...) Die Volksdemokratische Partei ist die führende Kraft der afghanischen Gesellschaft.» Und Mitte Oktober präzisierte Nadschibullah, wonach «andere Parteien nur gebildet werden können, wenn sie nicht in Widerspruch zu den Gesetzen (das heisst zum Regime) stehen». In der Verfassung ist sodann festgehalten, dass neue Parteien «ausschliesslich auf nationaler Basis» gebildet werden können, und heisst es unter anderem: «Parteien dürfen sich nicht auf Stämme stützen.» Im Klartext bedeutet dies, dass der Widerstand, der sich auf die Stämme stützt, keine politischen Parteien bilden darf.



SIE WERDEN STAUNEN, WENN SICH DER BÄR FÜR SIE MIT DEM BULLEN ANLEGT.

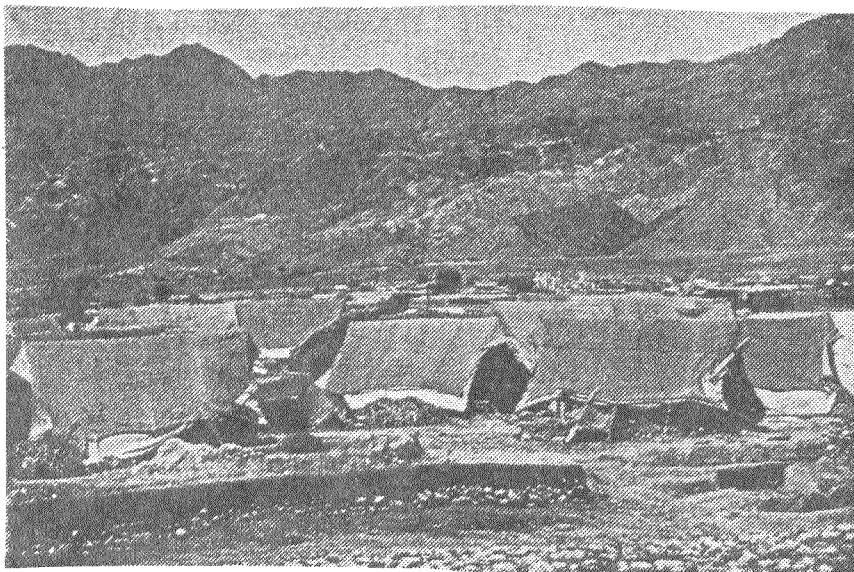
Beispielsweise wenn es um die internationale Vermögensanlage geht, denn nur fundiertes Wissen führt hier zum Erfolg. Kopfloses Umherjagen in der Arena der internationalen Kapitalmärkte nützt Ihnen über den Tag hinaus nichts. Wir lassen uns nicht an der Nase herumführen.

Deshalb wenden sich immer mehr erfolgsorientierte Anleger aus aller Welt an die Bank Julius Bär, eine der führenden Privatbanken.

Mit über vierzigjähriger Spezialisierung im internationalen Markt der festverzinslichen Wertpapiere und Aktien haben wir uns diese Führungsrolle erworben.

JB^{CO}B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.

Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11, Tx. 823 865



Flüchtlingslager, Heim für Millionen Afghanen in Pakistan.